

Deutsche Einwanderung in den USA im 19. Jahrhundert

Lehren für die deutsche Einwanderungspolitik?

Autoren:

Martin Uebele (Gastforscher)

Telefon: 0221 4981-695

E-Mail: m.uebele@rug.nl

Wido Geis

Telefon: 0221 4981-705

E-Mail: geis@iwkoeln.de

18. Januar 2016

Inhalt

Zusammenfassung	3
1. Einleitung	4
2. Migration in die USA im 19. Jahrhundert.....	5
2.1 Einwanderung in die USA.....	5
2.2 US-amerikanische Einwanderungspolitik.....	7
2.3 Ausreise aus Deutschland	9
3. Gründe der Wanderungsbewegungen	10
3.1 Standard-Migrationsmodelle.....	10
3.2 Die Rolle von Bildungsertrag und Qualifikationsstruktur	12
4. Schlussfolgerungen.....	17
5. Fazit	20
Literatur	21

JEL-Klassifikation:

F22: Internationale Wanderungsbewegungen

J24: Qualifikationen

N31: US-Arbeitsmarkt vor 1913

Zusammenfassung

Etwa 52 Millionen Menschen verließen im 19. Jahrhundert Europa, 32 Millionen davon in Richtung USA. Dabei stellten Deutsche zwischen 1850 und 1890 die zahlenmäßig größte Gruppe unter ihnen. Viele dieser Personen waren qualifizierte Fachkräfte, die mithalfen, die noch junge und wachsende Volkswirtschaft der USA aufzubauen. Um 1890 änderte sich die Situation. Zum einen wurden die bis dahin stark nachgefragten Berufe der Deutschen zunehmend von Süd- und Osteuropäern ausgefüllt, und zum anderen besserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland durch die zunehmende Industrialisierung, sodass sich weniger Personen für die Auswanderung entschieden. Obwohl die USA im 19. Jahrhundert keine gezielte Selektion der ins Land kommenden Zuwanderer vorgenommen hat, gelang es ihr in dieser Zeit, Zuwanderer mit denjenigen Qualifikationen zu gewinnen, die von der Wirtschaft am meisten gebraucht wurden. Wie in den USA im 19. Jahrhundert kommt es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch in Deutschland heute zunehmend zu Arbeitskräftebedarfen, die nicht mit einheimischen Personen gedeckt werden können. Auch wenn die Rahmenbedingungen völlig andere sind, lässt sich aus den historischen Entwicklungen schließen, dass eine weitere Liberalisierung des Zuwanderungsrechts helfen könnte, die in Deutschland gesuchten Fachkräfte zu gewinnen. Allerdings sollten die Anreize für die Zuwanderer nicht durch einen schnellen Zugang zu Sozialleistungen verzerrt werden. Daher wäre es vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise auch sinnvoll, den Zugang zu Asylbewerberleistungen möglichst restriktiv zu handhaben, und den Flüchtlingen im Gegenzug weitere Zugangswege im Kontext der Erwerbsmigration zu öffnen.

1. Einleitung

Ein- und Auswanderung in größerem Umfang sind in der historischen Perspektive regelmäßig wiederkehrende Phänomene und keineswegs die Ausnahme. Die USA empfangen zwischen der Mitte und dem Ende des 19. Jahrhunderts mehrere Hunderttausend Einwanderer – und zwar Jahr für Jahr. Insgesamt verließen Europa zwischen 1820 und 1913 etwa 52 Millionen Menschen – davon hatten etwa 32 Millionen das Ziel USA, die anderen wanderten vor allem nach Südamerika, Australien, Neuseeland und Kanada aus. Die Spitze der Zuwanderung wurde in den Vereinigten Staaten vor dem Ersten Weltkrieg erreicht, als bei anfänglich 80 Millionen Einwohnern mehr als zehn Jahre lang jährlich 800.000 bis 1,2 Millionen Menschen einwanderten. Damit kamen ebenso viele in die USA wie nach Deutschland heute.

Die zahlenmäßig größte Gruppe der Einwanderer stammte aus Deutschland.¹ Sie waren relativ gut gebildet und ihre Berufe waren in den USA gefragt. Doch als sich die Lage zuhause zunehmend besserte und weitere Migranten aus dem Osten und Süden Europas mit ähnlichen Berufen nachrückten, ging ihre Zahl ab etwa 1890 deutlich zurück.

Dieser Text zeigt, welche Bedeutung die beruflichen Qualifikationen in einer der größten Migrationsbewegungen der Moderne hatten. Dabei bestehen deutliche Parallelen zwischen der Lage in den USA im 19. Jahrhundert und in Deutschland heute. So ist die Arbeitskräftebasis in beiden Fällen im Vergleich zum verfügbaren Kapital relativ klein. In den USA ging dies vor allem auf die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Flächen in Westen zurück, und in Deutschland heute ist dies perspektivisch Folge des demografischen Wandels. Daher können aus den Erfahrungen der USA im 19. Jahrhundert auch Schlüsse für die aktuelle Zuwanderungspolitik in Deutschland gezogen werden, obschon sich die Situation bei weiteren relevanten Rahmenbedingungen, wie der sozialen Sicherung, deutlich unterscheidet.

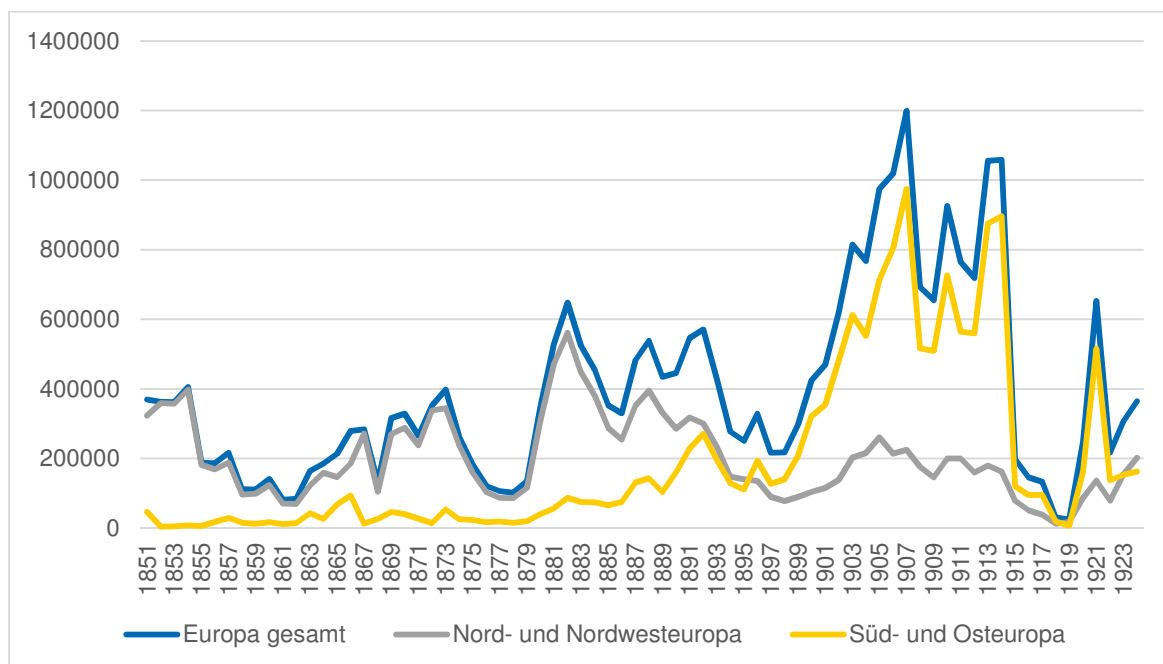
¹ Gemeint ist „Deutschland“ in den jeweiligen historischen Landesgrenzen, vor 1871 der Deutsche Bund, 1871-1918 das Deutsche Kaiserreich.

2. Migration in die USA im 19. Jahrhundert

2.1 Einwanderung in die USA

Die Geschichte der USA ist die Geschichte ihrer Einwanderer. Beginnend mit den ersten englischen Siedlern, die 1620 mit der „Mayflower“ anlandeten, ließen sich im 17. Jahrhundert immer mehr Europäer in Nordamerika nieder; davon so viel Deutsche, dass Benjamin Franklin 1751 davor warnte, Pennsylvania könne ein deutschsprachiges Land werden. Zusammen mit dem „Import“ von Millionen afrikanischer Sklaven wurde die einheimische Bevölkerung zunehmend zurückgedrängt. Im 19. Jahrhundert folgten schließlich weitere Phasen europäischer Einwanderung, die aus meist wirtschaftlichen Beweggründen erfolgten, teilweise aber auch vor dem Hintergrund politischer Repression etwa nach der Revolution im Jahr 1848 in Deutschland zu sehen sind. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts kamen die meisten US-Einwanderer aus Großbritannien und Irland. Danach waren die Deutschen etwa vier Jahrzehnte lang die größte Gruppe, gefolgt von Iren, Briten und Skandinaviern (Abbildung 1 und 2). In den 1880ern wanderten jedes Jahr etwa 120.000 Deutsche in die USA ein. Nach der Zeit um das Jahr 1890 änderte sich das Bild, und die Hauptherkunftsregionen wurden vor allem Süd- und Osteuropa (Abbildung 2).

Abbildung 1: Starker Anstieg süd- und osteuropäischer Einwanderung
Europäische Immigration in die USA, 1851-1924

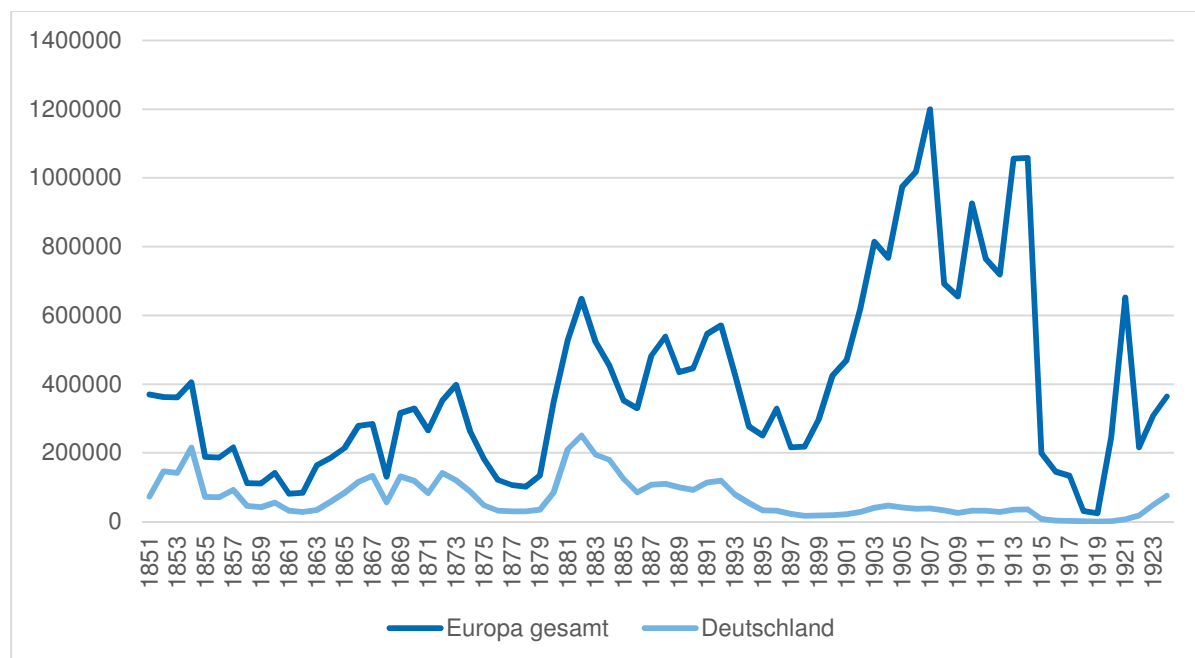


Nord- und Nordwesteuropa: England, Irland, Schottland, Deutschland, Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Niederlande, Belgien, Schweiz. Süd- und Osteuropa: übriges Europa.

Quelle: Ferenczi, I., 1929, 380, 384 ff.

Nicht alle Einwanderer blieben für immer in den USA. Zwischen 1815 und 1914 kehrte etwa jeder Dritte europäische Einwanderer wieder in sein Heimatland zurück, wobei dies stark im Laufe der Zeit und zwischen den Herkunftsländern variierte. Die Rückwanderungsrate nahm im Laufe der Zeit zu, und Einwanderer aus ost- und südeuropäischen Ländern kehrten häufiger wieder zurück als Nordeuropäer (Hatton/Williamson 1994, 47). Zwischen 1907 und 1914 lag die Rückkehrquote der Griechen und Italiener bei etwa 60 Prozent, der Skandinavier bei knapp zehn und der Deutschen bei 21,7 Prozent (Gould, 1980, 57).

Abbildung 2: Großer Anteil deutscher Einwanderung
Europäische und deutsche Immigration in die USA, 1851–1924



Quelle: Ferenczi, I., 1929, 380, 384 ff.

Deutschlands Rolle im internationalen Wanderungsgeschehen hat sich dagegen immer wieder gewandelt. Mitte des 19. Jahrhunderts war es unter dem Strich noch ein Auswanderungsland, während Ende des Jahrhunderts in größerer Zahl Personen aus Ost- und Südosteuropa einwanderten, sodass es per Saldo zum Einwanderungsland wurde. Zwischen 1871 und 1910 erhöhte sich der Ausländeranteil an der deutschen Bevölkerung von 0,5 auf 1,9 Prozent (Herbert, 2001, 23).

2.2 US-amerikanische Einwanderungspolitik

Den historischen Bedingungen ihrer Entstehung folgend begannen die USA erst Anfang des 19. Jahrhunderts auf nationaler Ebene eine Einwanderungspolitik zu formulieren.² Die Staatsbürgerschaft war erst 1790 mit dem Naturalization Act national vereinheitlicht worden, was allerdings keinen direkten Einfluss auf die Bedingungen der Einreise hatte (Jones, 1992, 67). Mit dem Steerage Act von 1819 wurden geregelt, dass die Passagierlisten ankommender Schiffe gesammelt und dem Kongress zur Verfügung gestellt wurden, um nationale Statistiken erstellen zu können. Durch die Territorialgewinne in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erweiterte sich das Staatsgebiet stetig und so gab es auch einen stetigen Bedarf an Arbeitskräften; entsprechend liberal war weiterhin die Einwanderungspolitik. Mit dem Homestead Act von 1862 bot die US-Regierung allen Siedlern Land in den neuen Gebieten an, sofern diese sich verpflichteten, es für mindestens fünf Jahre zu bestellen. Bei Abwesenheit eines Sozialstaats war, dem liberalen Geist folgend, nicht vorgesehen, von zentraler staatlicher Stelle für die Bedürfnisse der Migranten zu sorgen; wenn, dann geschah dies auf Ebene der Kommunen oder der Mitgliedsstaaten und meistens in Einreisehäfen (Jones, 1992, 214). Im Gegenteil konzentrierten sich die ersten politischen Forderungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die Einwanderung zu steuern und zu beschränken, auf den Ausschluss von Kriminellen und Armen, die eine Last für die öffentliche Hand zu werden drohten. Dies geschah im Zuge der „Nativisten-Bewegung“, die sich als politische Partei die „Know-Nothings“ nannte.³ Ihre zentrale Forderung war allerdings nicht Zuwanderungsbeschränkung, sondern der Ausschluss der Einwanderer vom politischen Leben und eine 22-jährige Wartezeit bis zur Einbürgerung (Jones, 1992, 134).

Nach dem Bürgerkrieg wurden die Rufe nach Begrenzung der Einwanderung lauter – unter anderem wegen des Misstrauens gegenüber katholischen Einwanderern, zur Aufrechterhaltung politischer Stabilität und der gefürchteten Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, die nun verstärkt in der Industrie und weniger in der Landwirtschaft angesiedelt waren (Jones, 1992, 65ff, 132). 1882 wurden zwei die Zuwanderung beschränkende Gesetze erlassen. Das eine betraf die chinesischen Einwanderer in Kalifornien, die schon seit längerem Opfer fremdenfeindlicher Angriffe waren. Ihnen wurde mit dem „Chinese Exclusion Act“ für zehn Jahre die Einreise verweigert und die Einbürgerung verboten (Jones, 1992, 214). Mit dem ersten Einwanderungsgesetz

² Für eine Übersicht der entsprechenden Gesetzgebung siehe Goldin (1994) und U.S. Immigration Online, „1891 Immigration Act“.

³ Der Name leitet sich von ihrer Herkunft als Geheimgesellschaft ab, deren Mitglieder bei Nachfrage vorgaben, von „nichts zu wissen“.

auf Bundesebene wurde auf nationaler Ebene die Möglichkeit geschaffen, bestimmte Personengruppen vor allem aufgrund einer kriminellen Vergangenheit, des Gesundheitsstatus oder zu großer Armut an der Grenze abzuweisen. Auf Ellis Island, wo seit 1890 alle nach New York einreisenden Migranten zentral registriert wurden, führte dies jedoch zu einer Ablehnungsquote von nur etwa 2 Prozent (Cannato, 2009, 11).

In den folgenden Jahren wurde die Migrationspolitik immer weiter zentralisiert und verschärft. In den 1890ern kam es zunehmend zu politischen Forderungen nach Begrenzung und Steuerung der Einwanderung vor allem von Seiten der Arbeiter, die die zunehmende Konkurrenz um Jobs begrenzen wollten (Goldin, 1993, 1 ff.). Die Arbeitnehmerseite versuchte über Lobbyarbeit bei Repräsentanten, Senatoren und den jeweiligen US-Präsidenten Kongressmehrheiten für ihr Anliegen zu organisieren. Die Arbeitgeber – die generell ein Interesse am Zustrom von Arbeitern haben sollten – waren zwar in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten der 1890er Jahre noch für eine Beschränkung der Einwanderung, wechselten nach 1900 aber wieder ins Lager der Migrationsbefürworter, sodass es zunächst nicht zu einer Mehrheit in beiden Kammern des amerikanischen Parlaments für ein neues Einwanderungsgesetz reichte.

Bei den politischen Auseinandersetzungen spielte auch eine parlamentarische Kommission eine Rolle, die „Dillingham Commission“. Sie wurde 1907 eingesetzt, um die Auswirkung der Immigration auf die amerikanische Gesellschaft zu untersuchen und kam in ihrem 1911 veröffentlichten 41-bändigen Abschlussbericht zu dem Schluss, dass die Einwanderer, die nach 1890⁴ gekommen waren, eine Gefahr für die amerikanische Gesellschaft darstellten (Jones, 1992, 152). Sie prägte dabei die Begriffe der „alten“ und der „neuen“ Einwanderung und versah diese mit deutlichen Werturteilen. Auf der einen Seite gebe es die nord- und nordwesteuropäischen Familien, die aus eigenem Entschluss mit festen Bleibeabsichten einreisten und sich schnell und nahtlos in die neue Gesellschaft einfügten und auf der anderen Seite die süd- und südosteuropäischen jungen Männer, die der Werbung von Schiffahrtsgesellschaften erlegen seien, in den Fabriken schnell Geld verdienen wollten, und sich abgesehen davon in ethnischen Enklaven abschotteten, statt sich zu integrieren (Jones, 1992, 152 ff). Auch, wenn diese Schwarz-Weiß-Sicht inzwischen als überholt gilt, lieferte sie doch den damaligen Gegnern der liberalen Einwanderungspolitik Argumente für ihre Haltung. Dennoch schlugen ihre gesetzgeberischen Initiativen noch mehrmals knapp fehl, sodass man erst im Jahre 1917 begann, die Einreise zu beschränken, indem man Anforderungen an die Lese-

⁴ 1890 wird meist für die Unterscheidung der beiden Migrationsphasen verwendet, auch wenn der Unterschied zahlenmäßig erst ab 1895 deutlich wird.

und Schreibfähigkeiten der Einwanderer formulierte und diese testete. 1921 und 1924 wurden Obergrenzen für die einzelnen Herkunftsländer eingeführt, die sich an der Größe der jeweils schon eingereisten Gruppen orientierten. Für Nord- und Nordwesteuropäer hatten die Obergrenzen allerdings keine praktische Wirkung (Goldin, 1993, 3).

Die aus heutiger Sicht extrem liberale Einwanderungspolitik der USA im 19. Jahrhundert bedeutet also nicht, dass es keine gesellschaftlichen oder politischen Tendenzen zur Beschränkung der Zuwanderung gab. Allerdings überwog lange Zeit das Interesse an zusätzlichen Arbeitskräften die vielfach vorgebrachten Einwände. Dass es schließlich bis zum Ende des 1. Weltkriegs dauerte, bis die Zuwanderung eingeschränkt wurde, hatte auch mit den langwierigen Gesetzgebungsverfahren in den USA zu tun.

2.3 Ausreise aus Deutschland

Allen Einwanderern aus Europa war gemeinsam, dass die Einreise eine lange Ozeanüberquerung voraussetzte, die teuer, strapaziös und auch gefährlich war. Daher sind deutsche Reiseerfahrungen durchaus repräsentativ für die anderen europäischen Einwanderer. Dabei hat die Geschichtsforschung in den zurückliegenden Jahren große Fortschritte darin gemacht, Einzelschicksale von deutschen Emigranten in großer Anzahl zu dokumentieren und auf Basis der Entscheider zu untersuchen, sodass sich Rückschlüsse auf die gesamte Gruppe ziehen lassen. So hat Krebber (2014) insgesamt 3824 Personen untersucht, die zwischen 1830 und 1880 von der Schwäbischen Alb in die USA ausgewandert sind. Dabei kann er durch die Verkettung von Dokumenten wie Auswanderungsverzeichnissen, Kirchenbüchern und US-amerikanischer Bevölkerungszählungen die Stationen der Auswanderung vollständig abbilden. Die für diese Gruppe zusammengetragenen Daten und Erläuterungen beschreiben detailreich, aber keinesfalls anekdotisch, die Gründe für die Ausreise und die Bedingungen der Überfahrt.⁵

So waren in vielen deutschen Gemeinden in der Mitte des 19. Jahrhunderts staatlich konzessionierte Agenturen tätig, die Ausreisewillige anwarben und die Reise zum Hafen wie auch die Ozeanfahrt selbst organisierten. Die lokalen Behörden unterstützten diese oft, weil sie die Emigration nicht zuletzt zur Armutsbekämpfung fördern wollten. Die stark wachsende Bevölkerung im frühen 19. Jahrhundert,

⁵ Jones (1992, 89 ff.) beschreibt die Überfahrtsbedingungen für Europäer mit mehr Anspruch auf Repräsentativität aber weniger Detailreichtum, insgesamt aber ohne größere Abweichungen.

Umbrüche in der Landwirtschaft und die einsetzende Industrialisierung hatten zu ökonomischer Unsicherheit für einen nennenswerten Teil der Bevölkerung geführt (Krebber, 2014, 51 ff.). Hatten die Auswanderer, die meist entweder ledige junge Männer oder junge Familien waren, einen Überseehafen wie Antwerpen oder Le Havre erreicht, schloss sich eine Segelschiffahrt von vier bis sechs Wochen an. Dampfschiffe verkürzten die Überfahrt erheblich auf ein bis zwei Wochen, waren aber nicht vor den 1860er Jahren für normale Reisende erschwinglich. Die Gefahr, auf einer dieser Reisen zu sterben, war mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 1 Prozent recht hoch; gerade Epidemien auf den schlecht gelüfteten Passagierdecks trugen dazu bei. So war für Säuglinge die Sterblichkeitsrate mit 25 Prozent noch dramatisch höher (Krebber, 2014, 91).

Die meisten der schwäbischen Emigranten hatten Ersparnisse dabei und konnten ihre Reisekosten selbst bezahlen. Nur etwa 15 Prozent reisten mit geringen eigenen Mitteln und waren auf öffentliche Zuschüsse angewiesen (Krebber, 2014, 83). Oft wurden Tickets aber auch von Verwandten in den USA im Voraus bezahlt (Jones, 1992, 89).

Bei ihrer Ankunft in New York, wo 95 Prozent der dokumentierten Personen landeten, wurden die Neuankömmlinge zunächst meist von Freunden oder Verwandten aufgenommen. Der überwiegende Teil verließ die Stadt innerhalb weniger Tage wieder, um zum Beispiel in die großen landwirtschaftlichen Gebiete im Mittleren Westen weiterzureisen, und sich dort niederzulassen (Krebber, 2014, 93).

3. Gründe der Wanderungsbewegungen

3.1 Standard-Migrationsmodelle

Die Einwanderungswellen in die USA lassen sich grob in die „alte“ Migration der Nord- und Nordwesteuropäer vor etwa 1895 und die „neue“ der Süd- und Osteuropäer in den darauffolgenden Jahren unterteilen. Der Umfang der „alten“ Einwanderung sank in den Jahren 1896 bis 1910 deutlich im Vergleich zu 1881 bis 1895; am stärksten ging die Zuwanderung der Deutschen zurück, von jährlich etwa 120.000 auf 30.000. Die „neue“ Einwanderung vervierfachte sich dagegen im gleichen Zeitraum (Abbildung 1).

Die verschiedenen Einwanderungswellen kann man zu einem großen Teil mit einem einfachen Migrationsmodell erklären.⁶ Die bestimmenden Faktoren sind die Altersstruktur der Bevölkerung, die absolute Höhe der durchschnittlichen Einkommen sowie der Unterschied zwischen den zu erwartenden Einkommen im Herkunfts- und Gastland sowie die Anzahl der sich bereits im Gastland befindlichen Migranten mit der gleichen Herkunft.

Die Altersstruktur der Bevölkerung ist insofern wichtig, da ein junger Migrant durch die Auswanderung ein stärker gesteigertes Lebenseinkommen zu erwarten hat als ein älterer. Im 19. Jahrhundert führte der demographische Übergang zu einem höheren Anteil der jüngeren Altersgruppen. So sanken die Sterberaten in den Ländern, die sich im 19. Jahrhundert industrialisierten, bereits im frühen 19. Jahrhundert über alle Altersklassen, jedoch folgten die Geburtenraten erst mit einigen Jahrzehnten Abstand. In der Zwischenzeit, als die Geburtenraten noch hoch, die Sterberaten aber schon niedrig waren, wuchsen die Bevölkerungen rasant. Mitte der 1840er Jahre kam es in ganz Europa außerdem zu schweren Missernten sowie zu politischer Instabilität, die teilweise mit der Verfolgung Oppositioneller einherging, etwa den Angehörigen des Paulskirchen-Parlaments in Frankfurt am Main. Die Bauernbefreiung Anfang des 19. Jahrhunderts hatte für eine steigende Zahl von landlosen Arbeitern gesorgt und die aufkommende Industrialisierung schmälerte die Nebeneinkommen, zum Beispiel aus heimischer Textilproduktion. Hatton/Williamson (2002, 11) haben auf Basis europäischer Daten für die Jahre 1860 bis 1913 die Ausreisezahlen eines Jahrgangs der Anzahl der Geburten 20 Jahre früher gegenübergestellt und geschätzt, dass bis zur Hälfte der aus dem Geburtenratenzuwachs resultierten zusätzlichen Personen nach Übersee emigrierten. Für modernere Daten (US-Einwanderung aus 81 Staaten in den Jahren 1971 bis 1998) haben sie die Geburtenrate durch den Anteil der 15 bis 29-Jährigen an der Bevölkerung ersetzt. Die Ergebnisse zeigen, dass für Auswanderungswellen Bevölkerungsdruck auch weiterhin relevant ist.

Der zweite wichtige Faktor sind die Einkommen im Herkunftsland. Die so erwirtschafteten Vermögen müssen ausreichen, um die Migrationskosten zu bezahlen, also die Reisekosten und den Lebenserhalt bis zur Aufnahme einer neuen Arbeit. Im 19. Jahrhundert waren die Migrationskosten beträchtlich. Allerdings reduziert sich ihre Bedeutung, wenn sich schon eine große Anzahl Angehöriger oder Bekannter im Land befindet, die unter Umständen für die unmittelbaren Lebenskosten nach der Einreise aufkommen oder, wie häufig im 19. Jahrhundert,

⁶ Migrationsmodelle in der hier dargestellten Form finden sich in zahlreichen Varianten in der Literatur. Dieser Text bezieht sich vor allem auf die Darstellung bei Hatton/Williamson (2002), da dieser Text Anwendungen sowohl auf das 19. als auch auf das 20. Jahrhundert enthält.

Tickets im Voraus bezahlen können. Die Anzahl der sich bereits im Gastland befindlichen Einwanderer mit gleicher Herkunft ist auch aus einem weiteren Grund ein wichtiger Faktor, denn diese können Auswanderungswillige mit relevanten Informationen versorgen und so deren Entscheidungen beeinflussen. Auch wenn dieser Effekt durch die elektronischen Medien heute schneller und einfacher erfolgt, war der Informationsfluss im 19. Jahrhundert durch Briefe, Telegramme oder Zeitungsanzeigen in Lokalzeitungen auch schon sehr ausgeprägt. In Deutschland hielten auch die oben erwähnten staatlich konzessionierten Agenten den Informationsfluss über die Arbeitsmarktchance im Zielland im Gange (Krebber, 2014, 76 ff., 91).

Der wichtigste Anreiz für die Auswanderung liegt jedoch im Unterschied der erwarteten Einkommen zwischen dem Herkunfts- und dem Zielland. In den einfachsten Wanderungsmodellen werden diese meist durch die mittleren Löhne für ungelernete Arbeiter gemessen. Hatton/Williamson (1998, Kap. 8) haben für das 19. Jahrhundert geschätzt, dass eine zehnpromille Erhöhung des Lohnunterschieds die jährliche Auswanderungsrate um 0,7 Promille anhebt. Durchschnittliche jährliche Migrationsraten lagen meist zwischen 1 und 2 Promille, sodass dies ein großer Effekt ist, der auch in Daten für die 1970er bis 1990er Jahre nicht an Bedeutung verliert (Hatton/Williamson, 2002, 15).

Das dargestellte Modell impliziert, dass es durch Migration zu einer Angleichung der Löhne im Herkunfts- und im Zielland kommen sollte. Wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, gab es im 19. Jahrhundert dennoch fortbestehende Unterschiede der Durchschnittslöhne zwischen Ländern, die nicht mit dieser Theorie vereinbar sind. Diese lassen sich mit verschiedenen Faktoren erklären, die die Lohnanpassung beschränken, besonders aber mit den unterschiedlichen Qualifikationsstrukturen der Einwanderer.

3.2 Die Rolle von Bildungsertrag und Qualifikationsstruktur

Die vier Faktoren Migrationskosten, relative Löhne, Altersstruktur und bereits im Zielland lebende Migranten können die Bevölkerungsströme sowohl in historischen als auch in modernen Daten recht gut erklären. Dennoch erklärt das Modell die Abnahme der deutschen Migration ab etwa 1890 und die Zunahme der ost- und südeuropäischen Einwanderung in die USA nicht. Außerdem blieben die Unterschiede zwischen den Löhnen in den USA und einigen wichtigen europäischen Ländern größer als das Modell vorhersagt. Preisbereinigt stagnierte der Durchschnittslohn in Großbritannien bei etwa zwei Dritteln des US-Niveaus und der

in Deutschland sogar bei nur knapp über der Hälfte. So besteht weiter Erklärungsbedarf.

Die fehlende Angleichung der Löhne in Großbritannien im Vergleich zu den USA lässt sich damit erklären, dass die Briten im Laufe des späten 19. Jahrhunderts ihre Technologieführerschaft an die USA verloren und die Einwanderung nicht ausreichte, um die höhere Arbeitsproduktivität in den USA an das Niveau Großbritanniens anzugleichen.

Für Deutschland, das gerade nach 1870 rasant wuchs und Hochtechnologiekonzerne wie Siemens hervorbrachte, ist dies aber keine ausreichende Erklärung. Tatsächlich steigerte es im ausgehenden 19. Jahrhundert seine volkswirtschaftliche Produktion und die Arbeitsproduktivität beträchtlich (Broadberry, 1998). Doch die Lohndifferenz zu den USA stagnierte. Erklären kann man das zunächst nur partiell. So litt die Kaufkraft der deutschen Löhne unter dem beginnenden Agrarprotektionismus der späten 1870er Jahre und die Preise für Deutschlands Exportgüter sanken auf dem Weltmarkt zusehends verglichen mit Agrar- und Industrierohstoffen. Trotz dieser wichtigen Faktoren ist der eigentliche Schlüssel für den Rückgang der Einwanderung eine andere Betrachtungsweise der Daten, die Migranten nicht als homogene Gruppe betrachtet, sondern ihren spezifischen Eigenschaften in Bezug auf den Arbeitsmarkt berücksichtigt (Grant, 2003, 388).

In einer Erweiterung des oben skizzierten Grundmodells berücksichtigen zunächst auch Hatton/Williamson (2002, 6 f.) den Faktor Bildung. Ob das Bildungsniveau die Auswanderungsbereitschaft senkt oder erhöht, hängt dabei von der relativen Höhe der Qualifikationserträge im Herkunfts- und Zielland ab. Je höher der Ertrag besserer Bildung im Zielland im Vergleich zum Herkunftsland ist, desto größer ist der Anreiz für die besser Gebildeten zu emigrieren. Dies entspricht einer positiven Bildungsselektion.

Auch wenn viele aus Not die Koffer packten, fand im Kontext der deutschen Auswanderung in die USA im 19. Jahrhundert vermutlich meist eine positive Selektion statt, sodass die Auswandernden im Schnitt besser ausgebildet waren als die Bleibenden (Wegge, 2002). Dies gilt allerdings nicht generell für alle Emigranten. Wenn etwa die Migrationskosten niedrig oder die Qualifikationserträge im Gastland geringer sind als im Herkunftsland, kann es auch zu einer negativen Selbstselektion kommen; ein Beispiel wäre die mexikanische Einwanderung in die USA (Borjas, 2007, 8).

Für die Wanderungen aus Deutschland in die USA im 19. Jahrhundert ist zusätzlich wichtig, wie stark die Berufe der deutschen Einwanderer mit denen aus anderen Ländern konkurrierten. So lässt sich zeigen, dass die Deutschen verstärkt einwanderten, solange ihre typischen Berufe gefragt waren, und ihre Zahl abnahm, nachdem andere Gruppen mit ähnlichen Berufen nachrückten (Grant, 2003, 390). Auswertungen zu den Berufen der Einwandernden finden sich in US-amerikanischen Bevölkerungszählungen sowie der oben erwähnten Dillingham Einwanderungskommission. Grant (2003) hat diese Daten ausgewertet und die spezifischen Fähigkeiten der Immigranten geordnet nach Herkunftsländern und ihrem Einsatz in der US-amerikanischen Wirtschaft dokumentiert.

Seine Ergebnisse zeigen deutlich, wie stark die herkunftsspezifischen Qualifikationen der Einwanderer zum Erfolg der wachsenden US-Wirtschaft beigetragen haben: Arbeiter aus Lancashire, eine der Kernregionen der britischen Baumwollindustrie, wurden in der Textilproduktion eingesetzt, französische Arbeiter in der Seidenindustrie, belgische in der Glasherstellung und kubanische in der Tabakindustrie.

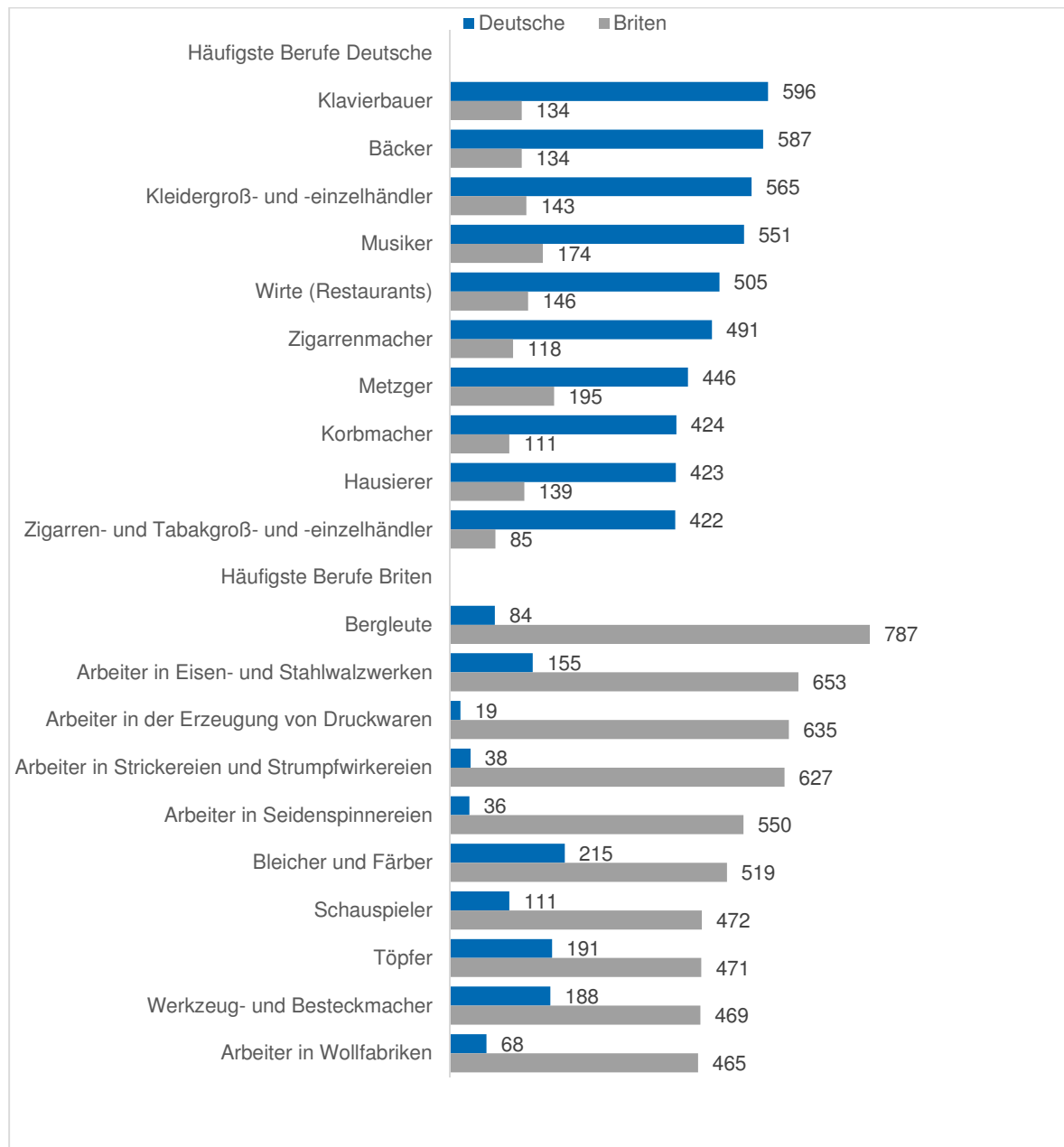
Die Zensus-Daten geben auch über die relative Häufigkeit bestimmter Berufe unter den Zuwanderern aus einzelnen Ländern Aufschluss. Demnach waren im Jahr 1870 die häufigsten Berufe der deutschen Einwanderer vor allem in fünf Bereichen zu finden: Produktion und Handel von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Bekleidung, handwerkliche Berufe wie Schlosser, Zimmermänner und Graveure, Viehwirtschaft und schließlich – beide sogar unter den vier häufigsten Berufen – Musiker und Instrumentenbauer, vor allem Klavierbauer.

Im Unterschied dazu war die Qualifikationsstruktur britischer Einwanderer viel stärker von in der Industrie gesuchten Fertigkeiten geprägt. Die relativ meisten Berufe waren Minenarbeiter, Eisen- und Stahlarbeiter sowie Textilarbeiter. Einzig die Gruppe der Schauspieler schaffte es als Dienstleister unter die zehn häufigsten Berufe.

Diese unterschiedlichen Strukturen spiegeln vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Länder bis 1870 wider. In England hatte sich die Textil- und Schwerindustrie schon seit dem späten 18. Jahrhundert entwickelt, sodass es ein großes Angebot gut ausgebildeter Industriearbeiter gab. In Deutschland hatte die Industrialisierung erst mit deutlicher Verspätung begonnen, sodass die Qualifikationen vieler Personen nach wie vor in handwerklichen, landwirtschaftlichen und Dienstleistungsberufen zu finden waren. Hier zeigt sich auch, dass die von Krebber (2014) untersuchte Gruppe aus der Schwäbischen Alb dem Gesamtbild entspricht: Dort fanden sich relativ viele Feinmechaniker, die in ihrer Heimat Uhren oder Mundharmonikas der heute noch bekannten Marke Hohner gefertigt hatten.

Abbildung 2: Andere Länder, andere Berufe

Häufigste Berufe deutscher und britischer Einwanderer in die USA, im Jahr 1870
(100 = durchschnittlich häufiger Beruf unter allen Einwanderern)



Quelle: Grant, 2003

Insgesamt waren Deutsche also nicht in industriellen Berufen überrepräsentiert, sondern in Handwerks- und Dienstleistungsberufen. Die wichtige Rolle ihrer berufsspezifischen Fähigkeiten auf dem US-Arbeitsmarkt spiegelt sich dennoch auch in ihrer Dominanz in bestimmten Industrien wider. So stellten die Deutschen insgesamt nur 6,5 Prozent der männlichen Beschäftigten im Jahr 1880, aber 46 Prozent in den Zuckerraffinerien. Grant (2003) zitiert aus der Industriestudie der Einwanderungskommission über die Zuckerindustrie im Bereich Boston, wo von

einem großen Bedarf an qualifizierten Arbeitern die Rede ist, der von deutschen Einwanderern befriedigt wurde. Bis zum Bürgerkrieg (1861 bis 1865), so die Studie, waren sogar „praktisch alle Facharbeiter in der Zuckerindustrie Deutsche.“ Allerdings dauerte diese Dominanz nicht an. 1908 sank der Anteil der Deutschen in der Zuckerindustrie auf 15 Prozent. Grant (2003) erklärt das einmal mehr mit der Rolle der Qualifikation: Die fachlichen Kenntnisse der Deutschen wurden mit der Zeit an andere Arbeiter weitergegeben und so sank der Vorteil, den deutsche Facharbeiter gegenüber Mitbewerbern aus anderen Ländern hatten, so stark, dass viele nicht mehr bereit waren, in die USA auszuwandern.

Weitere Hinweise auf die wichtige Rolle der beruflichen Qualifikation auf den US-Arbeitsmärkten geben die Daten für industriespezifische Löhne von fast 200.000 Arbeitern, die auch Berufserfahrung, Englischkenntnisse und Lesefähigkeit miteinfassen. Ihnen zufolge konnten sowohl berufserfahrene als auch ungelernete deutsche Einwanderer eine deutliche Erhöhung des Lohns gegenüber dem Heimatland erwarten, Berufserfahrene aber noch einmal um bis zu 20 Prozent mehr. Englisch zu sprechen sowie lesen und schreiben zu können, erhöhte die industriespezifischen Löhne ebenfalls um etwa ein Fünftel (Grant, 2003, 402).

Die Einwanderungszahlen aus Deutschland gingen jedoch nach 1890 deutlich zurück. Erklären lässt sich das zum einen durch die zurückgehende Nachfrage nach den typisch „deutschen“ Berufen im Kontext des Aufbaus neuer Industrien. Zum anderen legt die hier eingenommene qualifikationsspezifische Sicht auf die Migration auch nahe, dass es mit der Zeit zu einer Übertragung von Fähigkeiten auf andere Arbeiter kam. Damit lässt sich zum Beispiel der Rückgang des deutschen Anteils in der Zuckerindustrie erklären. Weiterhin hat sich das Nachrücken von vor allem osteuropäischen Einwanderern ausgewirkt, die ähnliche Kenntnisse hatten wie die Deutschen. Sie verfügte über ähnliche Qualifikationen in handwerklichen Berufen und praktizierten auch vorwiegend Viehwirtschaft statt Ackerbau (Grant, 2003, 123). Dazu kam, dass sie bereit waren, für geringere Löhne zu arbeiten, da sie aus weniger entwickelten Herkunftsländern kamen. Da sich die deutsche Wirtschaft nach 1870 rasant industrialisierte und Arbeitsplätze schuf, schwanden die Anreize zur Emigration, sodass dieser letzte Faktor immer wichtiger wurde.

Wie genau es zwischen den Qualifikationsstrukturen der deutschen Einwanderer und den Bedürfnissen der Arbeitsmärkte in den USA zu einer Anpassung kam, ist aus heutiger Sicht eine besonders interessante Frage. Gab es zentrale Lenkungsmechanismen, erwarben die Ausreisenden die notwendigen Informationen privat oder überließen sie ihren beruflichen Erfolg aus Mangel an Planbarkeit im Zielland mehrheitlich dem Zufall? Das Bemerkenswerte an der hier gezeigten Passgenauigkeit zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage ist, dass der Zufall eine

recht kleine Rolle gespielt haben muss. Von staatlicher Stelle zentral gelenkte Einwanderung wurde in den USA erst im frühen 20. Jahrhundert mit den Lese- und Schreibtests begonnen und war auch damit immer noch weit davon entfernt, bestimmte Industrien mit Fachkräften zu versorgen. Die Möglichkeiten, Informationen aus privater brieflicher Kommunikation und durch staatlich konzessionierte private Agenturen oder Schifffahrtsgesellschaften zu erhalten, waren demnach ausschlaggebend für die Auswanderungsentscheidungen (Jones, 1992, 98 ff.).

Heutzutage sind die Mittel, mit denen Staaten gezielt Fachkräfte auswählen können, selbstverständlich ungleich besser entwickelt. Das reicht von den umfassenden statistischen Informationen über die Arbeitskräftenachfrage der heimischen Wirtschaft über die bessere Vergleichbarkeit von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen bis hin zu den Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation. Es ist daher vor allem eine politische Frage, ob und wie intensiv Staaten ihre Möglichkeiten nutzen, legale Einwanderung im Hinblick auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts zu gestalten.

4. Schlussfolgerungen

Obschon sich die derzeitige Lage in Deutschland völlig anders darstellt als die Situation in den USA im 19. Jahrhundert, lassen sich aus den skizzierten historischen Entwicklungen Schlüsse für die deutsche Migrationspolitik ziehen. Hierzu muss man sich zunächst vor Augen führen, welche Parallelen und Unterschiede bei den jeweiligen Rahmenbedingungen bestehen.

Die wichtigste Parallele ist, dass in beiden Fällen im Verhältnis zur Arbeitskräftebasis langfristig sehr viel Kapital zur Verfügung stand beziehungsweise steht. In den USA des 19. Jahrhunderts ergab sich dies vor allem aus der zunehmenden Verschiebung der Siedlungsgrenze nach Westen und dem daraus resultierenden Zugewinn an landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. In Deutschland führt der demografische Wandel dazu, dass die einheimische Arbeitskräftebasis in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen wird, während der Kapitalstock (insbesondere Maschinen und Anlagen) zumindest zunächst bestehen bleibt. Diese Ausgangslage findet sich historisch selten, da eine verbesserte Kapitalausstattung in der Vergangenheit zumeist mit starkem Bevölkerungswachstum einherging.

Der wichtigste Unterschied liegt in der sozialen Sicherung. In den USA des 19. Jahrhunderts existierten keine staatlichen Sozialleistungen, sodass Zuwanderer wie Einheimische die für den Lebensunterhalt notwendigen Mittel grundsätzlich selbst

erwirtschaften mussten. Einzig Familiennetzwerke und Kirchengemeinden boten im Krisenfall, also etwa bei längerer Krankheit, unter Umständen Hilfe. Aber auch diese Möglichkeiten standen längst nicht allen Zuwanderern offen, sodass letztlich häufig sogar das physische Überleben vom wirtschaftlichen Erfolg abhängig war. Hingegen verfügt das heutige Deutschland über einen ausgeprägten Sozialstaat, der über Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe in jedem Fall das sozio-kulturelle Existenzminimum sicherstellt. Dieses liegt weit über dem zum physischen Überleben Notwendigen. So beträgt der Regelsatz für einen alleinlebenden Erwachsenen 399 Euro plus Wohnkosten (BMAS, 2015), wobei eine Wohnungsgröße von bis zu 45 qm als angemessen gilt.

Damit ist das soziale Sicherungsniveau in Deutschland deutlich höher als das Durchschnittseinkommen in vielen weniger entwickelten Ländern. Dies gilt auch für die Asylbewerberleistungen, die zwar etwas anders aufgebaut sind, im Grundsatz aber das gleiche Leistungsniveau abdecken.

Damit unterscheiden sich die Handlungsalternativen für Zuwanderer im heutigen Deutschland fundamental von denen in den USA im 19. Jahrhundert. Damals waren sie gezwungen, sich möglichst schnell eine Existenz aufzubauen, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie sicherte. Gelang ihnen dies nicht, blieb ihnen nur ein Leben in existenzieller Armut, oder, soweit die finanziellen Mittel hierfür noch ausreichten, die Rückkehr in die Herkunftsländer. Auch ein Nachholen weiterer Familienmitglieder, wie Ehefrauen und Kinder, war meist erst möglich, nachdem die zuerst Gewanderten die notwendigen finanziellen Mittel erwirtschaftet hatten. Hingegen besteht insbesondere im Kontext der humanitären Zuwanderung von Flüchtlingen ins heutige Deutschland keine existenzielle Notwendigkeit, sich schnell erfolgreich ins Erwerbsleben zu integrieren, und auch der Familiennachzug hängt nicht vom wirtschaftlichen Erfolg ab. Neben der sozialen Dimension hat dies den Vorteil, dass die zuwandernden Personen im Land zunächst eine weitere Ausbildung durchlaufen und sich zu gesuchten Fachkräften weiterqualifizieren können. Allerdings bedeutet es auch, dass die Anreize, für eine schnelle und erfolgreiche Integration ins Erwerbsleben Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen, deutlich geringer sind.

Damit lässt sich aus der Zuwanderung in die USA im 19. Jahrhundert nicht auf die langfristige wirtschaftliche Bedeutung des aktuellen Flüchtlingszustroms nach Deutschland schließen. Jedoch kann man aus den historischen Erfahrungen ableiten, dass sich im Kontext eines im Verhältnis zur Arbeitskräftebasis großen Kapitalstocks eine (Erwerbs-) Zuwanderung außerhalb der sozialen Sicherung langfristig sehr positiv auswirkt. Dies zeigt sich auch bereits heute in Deutschland im Kontext der Mobilität innerhalb der EU, bei der die Zuwanderung in die soziale

Sicherung explizit ausgeschlossen ist. Allerdings sind die anderen EU-Länder wie Deutschland vom demografischen Wandel betroffen, sodass die Wanderungspotenziale dort langfristig beschränkt sind (Geis, 2015).

Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland mit Blick auf die Zuwanderung aus Drittstaaten eine zweigleisige Strategie verfolgen. Auf der einen Seite sollten mit einem (unmittelbaren) Bezug von Sozialleistungen verbundene Formen der Zuwanderung möglichst restriktiv gehandhabt werden. So sollte insbesondere darauf hingewirkt werden, dass Personen, die die Voraussetzungen für Asyl oder Schutz nach Genfer Konvention in Deutschland nicht erfüllen, auch keine Asylbewerberleistungen gewährt werden. Gleichzeitig sollte auf der anderen Seite Personen, die in Deutschland erwerbstätig werden und sich eine Existenz aufbauen wollen, der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden.

Hier ist der im Kontext des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes beschlossene vereinfachte Arbeitsmarktzugang für Personen aus den Westbalkanländern ein Schritt in die richtige Richtung. Diese können nach §18 AufenthG i.V.m. §26 Abs. 2 BeschV ab dem 1.1.2016 befristet bis zum Jahr 2020 für jede abhängige Erwerbstätigkeit eine Aufenthaltserlaubnis zur Beschäftigung erhalten, sofern die Bundesagentur für Arbeit bescheinigt hat, dass kein bevorzogter Bewerber (Inländer oder EU-Ausländer) zur Verfügung steht (Vorrangprüfung) und Lohn und Arbeitsbedingungen dem ortsüblichen Niveau entsprechen (Gleichwertigkeitsprüfung), und sofern sich die betreffende Personen in den beiden vorangegangenen Jahren nicht in Deutschland in einem Asylverfahren befunden hat und der Antrag aus dem Ausland gestellt wurde. Dabei kann es insbesondere für niedriger qualifizierte Zuwanderungsinteressierte sehr schwierig sein, aus dem Ausland eine passende Stelle zu finden.

Daher sollten weitere Schritte unternommen werden, um Zuwanderungsinteressierten den Zugang nach Deutschland jenseits der Asylverfahren zu ermöglichen. Insbesondere der Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche nach §18c AufenthG, der bisher nur Akademikern offen steht, sollte ausgeweitet werden. Auch wäre über ein Punktesystem nachzudenken, dass es Personen mit guten Perspektiven am deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht, auch ohne konkretes bestehendes Stellenangebot zuzuwandern. Insgesamt sollte Deutschland mit Blick auf die Erwerbszuwanderung aus Drittstaaten noch liberaler werden. So könnten einerseits wenig erfolgversprechende Asylverfahren vermieden und andererseits ein bedeutender Beitrag zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand erreicht werden. Denn die langfristige Erfahrungen der USA im 19. Jahrhundert zeigen deutlich, dass in einem sehr liberalen Zuwanderungsregime ohne zu starke Verzerrung durch Sozialleistungen auch tatsächlich die Personen ins Land

kommen, die am Arbeitsmarkt gebraucht werden und zu mehr Wachstum und Wohlstand beitragen können.

5. Fazit

Die USA waren im 19. Jahrhundert eine junge stark wachsende Volkswirtschaft und daher auf qualifizierte Einwanderer angewiesen. Die Einwanderer aus dem damals überbevölkerten und wirtschaftlich schwächelnden Europa reagierten auf die spezifischen Möglichkeiten, die ihnen auf dem neuen Kontinent geboten wurden. Auch wenn die Zuwanderung oft eine Folge von Not war, folgten ihre Entscheidungen zu einem großen Teil wirtschaftlich rationalen Erwägungen und hingen stark von ihren beruflichen Fähigkeiten ab. So ebten die Wellen aus bestimmten Ländern nach einiger Zeit auch wieder ab, und viele Einwanderer traten sogar den Rückweg an, als sich die Bedingungen zuhause besserten.

Dieser historische Rückblick scheint mit der aktuellen Debatte über Zuwanderung, die im Kontext des starken Flüchtlingszustroms von Fragen der Versorgung und der Grenze der Belastbarkeit geprägt ist, wenig gemeinsam zu haben. Dennoch gibt es auch Parallelen zwischen dem heutigen Deutschland und der USA im 19. Jahrhundert. So steht im Verhältnis zur Arbeitskräftebasis in beiden Fällen relativ viel Kapital zur Verfügung. Daher lassen sich aus der historischen Erfahrungen auch vorsichtige Schlüsse für die Zuwanderung ins heutige Deutschland ziehen. Wird der Arbeitsmarktzugang für Personen aus Drittstaaten in Deutschland weiter liberalisiert, kann das Land auch ohne zu starke Selektion für den hiesigen Arbeitsmarkt die passenden Fachkräfte gewinnen. Allerdings sollten die Wanderungsanreize nicht durch Transferleistungen verzerrt werden. Daher sollte darauf hingewirkt werden, dass nur den Personen Asylbewerberleistungen gewährt werden, die auch tatsächlich politisch verfolgt sind.

Literatur

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2015, Arbeitslosengeld II / Sozialgeld,

<http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Grundsicherung/Leistungen-zur-Sicherung-des-Lebensunterhalts/2-teaser-artikelseite-arbeitslosengeld-2-sozialgeld.htm> [27.11.2015]

Borjas, G. J. (Ed.), 2007, Mexican immigration to the United States

Broadberry, S. N., 1998, How Did the United States and Germany Overtake Britain? A Sectoral Analysis of Comparative Productivity Levels, 1870–1990, in: The Journal of Economic History, 58(02), S. 375–407

Cannato, V. J., 2009, American passage: the history of Ellis Island

Ferenczi, I., 1929, International Migration Statistics, International Migrations, Vol. I: Statistics, S. 380, S. 384–393

Geis, Wido, 2015, Chancen der Zuwanderung, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln

Goldin, Claudia, 1994, The Political Economy of Immigration Restriction in the United States, 1890 to 1921, NBER Working Nr. 4345

Gould, J. D., 1980, European inter-continental emigration. The road home: return migration from the USA, in: Journal of European Economic History, 9(1), S. 41–112

Grant, O., 2003, Globalisation versus de-coupling: German emigration and the evolution of the Atlantic labour market 1870–1913, Explorations in Economic History, 40(4), S. 387–418.

Hatton, T. J., / **Williamson**, J. G., 2002, What fundamentals drive world migration? NBER Working Paper, Nr. 9159

Hatton, T. J., / **Williamson**, J. G., 1998, The age of mass migration: Causes and economic impact, New York

Hatton, T. J., / **Williamson**, J. G., 1994, Migration and the international labor market, 1850–1939, London / New York

Herbert, U., 2001, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München

Jones, M. A., 1992, American immigration, Chicago

Krebber, Jochen, 2014, Württemberger in Nordamerika. Migration von der Schwäbischen Alb im 19. Jahrhundert, Stuttgart

U.S. Immigration Legislation Online,

<http://library.uwb.edu/static/USimmigration/USimmigrationlegislation.html>, [5.11.2015]

Wegge, S. A., 2002, Occupational self-selection of European emigrants: Evidence from nineteenth-century, in: European Review of Economic History, 6(03), S. 365–394